

Rede der Fraktion der Freien Wähler im Kreistag des Landkreises Karlsruhe zur
Verabschiedung des Kreishaushaltes für das Jahr 2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schnaudigel,

werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kernverwaltung und der zum Kreis
gehörenden Betriebe,

meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen Kreisräte,

der Haushalt 2020, den wir heute verabschieden, ist zunächst einmal ein Haus-
halt wie jeder andere. Ein in Zahlen gegossenes Aufgabenprogramm, das für
das kommende Jahr in vielen Punkten auf getroffenen Beschlüssen, laufenden
Vorhaben und gesetzlichen Verpflichtungen aufbaut. Er ist aber auch ein beson-
derer Haushalt.

Zum einen stellt er den ersten Haushalt der Legislaturperiode des neu gewähl-
ten Kreistages dar, der aus unserer Sicht gut gestartet ist. Zum anderen enthält
der Haushalt in der mittelfristigen Finanzplanung ein Mammut-Investitionspro-
gramm, das es in dieser Dimension im Landkreis Karlsruhe so noch nicht oft ge-
geben hat – ich meine z.B. Vorhaben wie Hochhaus, ÖPNV, Berufsschulen oder
Straßenmeistereien als ein paar der anstehenden Großprojekte.

Und schließlich scheint der so hervorgeborene Haushalt im Vergleich zu den
Vorjahren 2016 oder 2017 zwar einigermaßen gesund zu sein – die Eingriffe
durch die Zangengeburt sind aber noch deutlich wahrzunehmen.

Landespolitische Rahmenbedingungen zum Haushalt

Oder vielleicht sollte ich es eher die zwischenzeitlichen „Nicht-Eingriffe“ des Landes im Rahmen der Finanzverhandlungen zwischen Land und Kommunen nennen, die uns ja hinlänglich bekannt sind und die Sie, Herr Landrat, bei der Einbringung ja zurecht kritisiert haben. Zwar ging es dann ja gut aus, aber dies nur wegen diesen deutlichen Worten, die bis nach Stuttgart zu hören waren und weil fast jeder von uns mit seinen Möglichkeiten den entsprechenden Druck ergänzt und verstärkt hat – quasi Geburtshelfer waren. Ja, es ging gut aus, es war aber unnötig und hat Spuren hinterlassen – eine Zangengeburt eben. Verloren gegangen ist dabei v.a. Vertrauen und Glaubwürdigkeit seitens des Landes. Und damit diese wieder entstehen, braucht es mehr als die erzielten finanzpolitischen Ergebnisse. Wie sagte ich doch vor einem Jahr in der Haushaltsdebatte? „Dass man überhaupt froh sein muss, dass man vom Land bekommt, was einem zusteht, ist eigentlich ein Zynismus.....“ – ich hätte nicht gedacht, wie bitter und schnell diese Worte Realität werden.

Hochhaus

Leider hat uns auch die Antwort der Vorsitzenden des Petitionsausschusses auf unseren Appell zu einer schnellen Bescheidung der Hochhausfrage nicht wirklich befriedigt. Mehr als ein Abgeben der heißen Kartoffel an die Stadt Karlsruhe und das Denkmalamt kam dabei nicht heraus. Irgendwie ist der ganze Ablauf dieses Petitionsverfahrens unglücklich. Doch ein Gutes hat es: Wir wissen jetzt für den Fall, dass man in einer Petition einmal selbst gehört wird, wie lange man die vom Petitionsausschuss immer so strikt vorgegebenen Antwortfristen überziehen kann, ohne dass das größere Konsequenzen hat.

Dabei ist es doch so wichtig, dass wir konkret wissen, auf welcher Basis wir das Landratsamt weiter planen können.

Die Arbeitsbedarfe erfordern es, die Arbeitsstättenrichtlinie erfordert es, die Ökonomie und Ökologie des Gebäudes erfordern es – von Sicherheitsfragen und dem Brandschutz ganz zu schweigen. Denn da Ausnahmen zu machen, wie es sogar in einer Landtagsanfrage heißt, ist nicht wirklich hilfreich. Wie soll denn auch eine solche Ausnahme aussehen? Dass man im Evakuierungsfall beispielsweise das Hochhaus ab dem 17. Stock aufwärts eben verloren gibt? Diese bewusst ironische Überzeichnung zeigt doch, wie schwer es fällt, das ernst zu nehmen.

Erinnern möchten wir FW im Zusammenhang dieses Themenkomplexes Hochhaus nochmals an unseren letztjährigen Vorschlag, einen Sanierungsberater einzuschalten. So soll für den Fall des Abbruchs zusammen mit der Stadt ein Sanierungsgebiet auf den Weg kommen, das dann zusätzliche Förderung in die Kasse bringt. Denn bei 100 Mio € - und vor 1,5 Jahren in Karlsbad sagte der Landrat ja, dass es auch 120 Mio € sein könnten wozu wir bereitwillig zugestimmt haben (solche Beschlüsse wünscht man sich auch in Gemeinderäten.....) – bei solchen Summen kommt es sehr genau darauf an, wie die Gegenfinanzierung aussieht.

Dass zur Gegenfinanzierung auch andere Nutzungen auf dem Quartier ins Spiel kommen, halten wir für richtig, warten nun aber zunächst das laufende städtebauliche Verfahren ab, dem sich ja der Architektenwettbewerb anschließt. Genau in diesem sind dann diese Nutzerfragen zu klären. Es müssen die richtigen Nutzungen und Partner sein: Verwaltungs- oder Schulungseinheiten anderer Träger beispielsweise. Ob da aber Einzelhandel im Erdgeschoss dazu gehört, da haben wir unsere Zweifel.

ÖPNV

Im ÖPNV stehen wir – wortwörtlich vor einigen wichtigen Weichenstellungen: Investitionen in Netz und Fahrzeuge, Barrierefreiheit der Bahnsteige und v.a. die so wichtigen Punkte Qualität, Verlässlichkeit, Tarif und vieles mehr.

Auch wenn wir über den Tarif erst in einer Woche sprechen, sollten wir heute schon festhalten: Wenn man mitten in der Fahrt eines Zuges über eine Weiche diese umstellt, so entgleist er. Ein wenig hat man diesen Eindruck beim ursprünglichen Vorschlag zum 365€ Ticket. Dessen Idee einer Preisattraktivierung des ÖPNVs zur stärkeren Nutzung verschließen wir uns nicht. Aber der Preis ist einer von mehreren Aspekten, der darüber hinaus aktuell mit der sog. „home zone“ in Arbeit ist. Jetzt schon dieses Thema OHNE Bezug zu Flexibilisierungs- und Individualisierungsfragen lösen zu wollen, macht den ÖPNV nur mäßig attraktiver. Denn der ÖPNV hat gegenüber dem motorisierten Individualverkehr bisher den Nachteil, dass er eben an einem Punkt startet wo man nicht ist, zu einer Zeit, die nicht ideal passt, fährt und an einem Punkt anhält, wo man nicht direkt hinwollte. Daher muss der ÖPNV gekennzeichnet sein durch guten Preis und vernetzte Angebotspolitik.

Und zu einer guten Angebotspolitik gehört auch, dass Busse künftig besser und verpflichtend Fahrräder mitnehmen müssen, so wie die Freien Wähler das vorgeschlagen haben und wir dies in einer Woche beraten. Dazu gehört, dass wir bei Fragen von Neuausbaustrecken mit den bekannten und neuen Vorschlägen im Kreis vorne dabei sind. Und es gehört dazu, dass wir bei der Einführung von Elektrobussen Gas geben (darf man das so formulieren? ☺) und genauso wie Nachbarverkehrsverbände dafür zweistellige Millionenförderungen entgegennehmen. Wir bitten Sie, Herr Landrat, uns demnächst zum Thema E-Busse samt Ladeinfrastruktur einen Sachstandsbericht zu geben.

Eine solch vernetzte Angebotspolitik ist die beste Förderung des ÖPNV und ein wichtiger Klimaschutzpolitischer Beitrag des Kreises.

Bildung

Dass der Kreis beabsichtigt, in diesem und den nächsten Jahren ganz erheblich in die Bildungsinfrastruktur zu investieren, halten wir für einen weiteren richtigen Schritt. Gerade in unserer Region, in der Fachkräfte so gefragt sind und in einer Zeit, in der sich die Wirtschaft umzubauen hat, braucht es mehr denn je beste Bedingungen für eine gute Ausbildung.

Die mehr als 50 Mio € schwere nächste Ausbaustufe des BBZ Ettlingen und die dabei parallellaufende Ertüchtigung der beruflichen Schulen in Bruchsal und Bretten ist ein wichtiges Signal für die Unternehmerschaft und Schülerinnen und Schüler im Landkreis.

Straßen

Genauso, wie es richtig ist, die Straßenmeistereien in Bruchsal und Ettlingen neu zu bauen und die Bahnüberquerung in Gondelsheim endlich und gut neu zu regeln. Solche Maßnahmen sind aus Bürgersicht ein wichtiger Aspekt der Infrastrukturversorgung.

Die demnächst anstehende Kreisbereisung wird uns sicher weitere Notwendigkeiten aufzeigen.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie, Herr Landrat, bitten, sich mit Ihrer Verwaltung erneut mit dem Thema Umfahrung Bad Schönborn zu beschäftigen.

Auch wenn es zum Thema in der Vergangenheit unterschiedliche Sichtweisen der beteiligten politischen Akteure gab, sind wir es den unmittelbar betroffenen Anwohnern schuldig, dass der Gesprächsfaden wieder aufgenommen wird. Wenn nicht Sie, wer kann dann den gordischen Knoten helfen, zu entwirren.

Soziales

Der größte Posten in unserem Haushalt in diesem und den kommenden Jahren sind auch Investitionen – aber nicht in Steine sondern in Menschen. Das immense Volumen des Sozialetats mit 245Mio € und damit 46% des gesamten Haushaltsvolumens ist uns ja allen bekannt.

Neu und die wichtigste Änderung im Sozialbereich ist das seit Jahresanfang in Kraft getretenen nächsten Stufe des Bundesteilhabegesetz, das die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen durch mehr Selbstbestimmung und mehr Teilhabe verbessern soll. Die Eingliederungshilfe soll sich zu einem modernen Teilhaberecht entwickeln - wir begrüßen diesen Paradigmenwechsel!

Lange war die Finanzierungsregelung unklar und wir danken Ihnen, Herr Landrat, für Ihren Einsatz, die Konnexität gegenüber dem Land deutlich einzufordern. Unabhängig aller finanziellen Unsicherheit wird die Umstellung auch erhebliche Personalaufwendungen bei den Sozialträgern und der Kreisverwaltung notwendig machen, was wir im Sinne eines reibungslosen Ablaufs mittragen. Allerdings bitten wir darum, dass wir im Jahr 2020 verschiedene Zwischenberichte über die Praxiserfahrungen des BTHG's erhalten. Denn das, was in den letzten Tagen in der Zeitung zu lesen war, scheinen ersten Implementierungshürden zu sein, an welchen nun dringend nachgesteuert werden muss. Wir wünschen uns doch alle, dass nicht nur ein Bürokratie- und Finanzierungsberg bleibt, sondern für die Behinderten tatsächlich eine größere Teilhabe in unserer Gesellschaft ermöglicht werden kann. Wir danken allen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, die diese schwierige Umstellungsphase meistern.

Haushaltsrisiken

Alles, was ich bisher nannte und viel mehr – alles, was in dem mehr als halbe-Milliarde-€-Paket unseres Haushaltes 2020 steckt - will natürlich finanziert sein. Gut, dass die Vorzeichen hierfür im aktuellen Kreishaushalt dank leistungsstarker Städte und Gemeinden noch gut sind. Noch. Aber die Vorzeichen einer Eintrübung der Kommunalhaushalte verdichten sich und damit steigen die Haushaltsrisiken. Manche Wirtschaftsexperten prophezeien gar den großen finanzpolitischen Knall für das 3. Quartal dieses Jahres, wenn angeheizt durch Brexit und weiteren Verlusten der DAX-Unternehmen die Finanzlage schwieriger wird. Wir müssen befürchten, dass auch der Kreishaushalt von der allgemeinen Finanzkrise nicht unverschont bleibt.

Einen Versuch, wie man dann reagieren muss, haben wir 2016 angestrengt – eine Haushaltskonsolidierung. Und wir sollten nicht so schnell vergessen, was wir dabei nur an kleinen Verbesserungen erreicht haben: Im Ergebnishaushalt wurden lediglich 80T€ aus Zuschüssen für Jugendfreizeiten und -häuser, Familienzentren usw. zusammengekratzt. Heute beschließen wir mit diesem Haushalt ein Mehrfaches an neuen Freiwilligkeitsleistungen und neue Stellen ähnlicher Art. Auch wenn wir die Maßnahmen richtig finden, sollten wir uns bewusst sein, dass solche Beträge, wie wir sie jetzt wieder in den Haushalt reinnehmen, vor 4 Jahren eine Ministellschraube für den Haushalt waren. Denn die wesentlichen Positionen der Haushaltsverbesserung der letzten 2 Jahre kamen durch gezahlte Ausgleichs des Landes für Asyl, höhere Umlagen und v.a. steigende Steuerkraft der Gemeinden zustande.

Weil wir Freie Wähler die bei der Konsolidierung 2016 gewonnene Haushaltsdisziplin nicht über Bord werfen wollen, haben wir keine Anträge mit namhaften Ausgabepositionen gestellt und können daher auch der neuen hohen Freiwilligkeitsleistung des Antrags der Grünen mit Ausgaben in Höhe von 500T€ nicht zustimmen.

Dass der Kreis unseren auch schon in der letzten Haushaltsrede und in der Vorberatung vertieften Appell endlich aufgreift und bei der 10-Jahresprognose nun von Steigerungsraten von 4% bei den Baukosten ausgeht, ist angesichts der faktischen Marktpreise leider realistischer als die bisher angenommenen 2,5%. Der Markt sagt uns derzeit allerdings, dass selbst diese 4% wohl nicht ausreichen werden. Wenn hinzukommt, dass es finanzpolitisch eben nicht immer nur aufwärts geht, werden wir wohl das worst-case-Szenario incl. der hohen Preissteigerungsraten früher in Realität sehen als uns lieb ist.

Antrag der AfD

Von Realität habe ich gerade gesprochen – davon ist dem nachgereichten Antrag der AfD leider wenig abzugewinnen. Weder im Hinblick auf hilfreiche Pankiszenarien zur Versorgung der Bevölkerung noch vor dem Hintergrund der Fragen, ob überhaupt Landkreiszuständigkeiten betroffen sind oder eine Haushaltsrelevanz vorliegt. Denn die meisten dort gestellten Fragen sind in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden und lediglich die erste und letzte Frage kann man mit viel gutem Willen dem Haushalt zurechnen.

Wir finden aber nicht, dass Ausschüsse oder der Kreistag die Aufgabe haben, unzureichend durchdachte Anträge so hinzubiegen, dass man doch was damit anfangen kann. Daher stellen wir den Antrag, darüber im Rahmen der Haushaltsberatung nicht abzustimmen bzw. lehnen den Antrag heute ab, weil er genauso gut zu jeder anderen Zeit dann hoffentlich zuständigkeitstechnisch klarer formuliert auch als einfache Anfrage an den Landrat gerichtet werden kann.

Zurück zur Realität und den in der heutigen Sitzung ebenso zu beschließenden Einzelhaushalten von Kreiseinrichtungen:

BLK

Finanziell steht die BLK auf soliden Beinen und auch inhaltlich ist sie bestens für die bevorstehenden Herausforderungen - insbesondere die Umsetzung der neu ausgerichteten Breitbandförderrichtlinie - aufgestellt. Wir hoffen und sind zuversichtlich, dass der Betriebsmittelzuschuss des Landkreises in Höhe von 1,25 Mio. € auch künftig nicht benötigt wird. Allerdings ist es uns Freien Wählern wichtig, dass die Firma Inexio künftig besser den Schwerpunkt auf schnelles Handling, raschen Ausbau und weitere Qualitätsverbesserungen im Landkreisgebiet legt – egal wer der Eigentümer von Inexio ist.

Schließlich ist grundsätzlich kritisch anzumerken, dass gegenwärtig das Gros der gebuchten Breitbandtarife im Bereich von 50 MBit/Sekunde liegt und für derartige Übertragungsraten auch noch andere funktionierende Brückentechnologien zur Verfügung stehen. So gut die Arbeit der BLK ist, so ist es nicht nachvollziehbar, warum mit großem Aufwand Bundes- und Landesförderkulissen zur Beseitigung des vorhandenen Marktversagens aufgebaut und Kommunen in die Abarbeitung getrieben werden, anstatt dass die großen Marktakteure die Infrastruktur flächendeckend ausbauen.

Deutlicher als durch die Amtshilfe des Landkreises für die Stadt Karlsruhe im Gewerbegebiet Rheinhafen kann dies nicht offensichtlich werden. Es ist ein weiteres Beispiel dafür, dass wir in der Zusammenarbeit immer gerne helfen, wenn andere Unterstützung brauchen. Und da man sich bekanntlich immer 2x im Leben sieht, hilft uns nun vielleicht die Stadt KA auch bei unserem Neubauthema.

Bequa, Sonstige Gesellschaften / Beteiligungen

Der Wirtschaftsplan für die Bequa spiegelt die Konstanz in allen bisherigen und auch künftig weiter laufenden Geschäftsfeldern sowie die teilweise Erweiterung mit dem Aufbau der Angebote am dritten Standort Stutensee wieder. Dieses Zitat aus der Sitzungsvorlage spiegelt wider, dass wir für die gute Arbeit sehr dankbar sein können.

Dies betrifft auch alle die Einrichtungen, an welchen der Landkreis beteiligt ist und über die im Beteiligungsbericht zu unserer Zufriedenheit berichtet wird.

Müll

Dies gilt selbstverständlich auch für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und die BRLK. Beim Thema Abfall kommt es nach 10 Jahren (!!!) der Gebührenkonstanz in diesem und im nächsten Jahr zu erheblichen Veränderungen. Schon seit einigen Jahren versucht uns das Stuttgarter Umweltministerium, die Einführung der Biotonne schmackhaft zu machen – so ungefähr könnte man es positiv formulieren. Darüber hinaus hat sich einiges im Entsorgungsverhalten der Bürger verändert und das Potential für die erfolgreiche und sinnhafte Einführung einer gesonderten Trennung und Sammlung von Biomüll hat sich vergrößert. Daher begleiten wir Freien Wähler die Veränderungen positiv.

Die Einführung einer zusätzlichen Leistung bedeutet aber natürlich auch immer höhere Aufwendungen bzw. Kostensteigerungen, in 2020 um 8 Mio., die in 2021 um weitere 2 Mio. € steigen. Leider sind wir gezwungen, dies an den Nutzer weiterzugeben. Aber wir wollen denjenigen, der sich seiner Verantwortung bezüglich der Mülltrennung bewusst ist und dementsprechend vorbildlich seinen Müll sortiert, entsprechend besser stellen.

Der vorliegende Gebührenhaushalt berücksichtigt genau diese Lenkungsabsicht, denn für diese Personengruppe wird es zu den geringsten Kostensteigerungen kommen. Natürlich gilt die Zielsetzung auch in entgegengesetzter Richtung: Die teuerste Mülltrennung ist, seinen Müll nicht zu trennen – auch das ist sehr wohl gewollt und wird durch die Gebührenstaffelung erreicht. Nach diesen notwendigen größeren Gebührenveränderungen hoffen wir nun auf eine ähnlich lange zeitliche Konstanz wie in der vergangenen Dekade.

Schließlich wird das Thema Abfall wegen des direkten Bezugs zu den Themen Umwelt und Klima weiter an Bedeutung gewinnen.

Ein aktuell prominentes Thema ist ja der gesunkene Papierpreis, der es für Vereine unattraktiv macht, Sammlungen durchzuführen. Eine Idee könnte der Vorschlag sein, sortenrein zu sammeln. Wir bitten die Abfallwirtschaft, sich bei der Entwicklung solcher Überlegungen und weiteren Alternativen zum Nutzen der Vereine einzubringen.

Darüber hinaus wird vor allem die Standortsuche nach neuen Deponiekapazitäten für mineralische Restabfälle sicherlich so manche Gemüter und Debatten erhitzen. Aber wenn am Ende dieser Debatte dann ein vernünftiger und sinnvoller Vorschlag übrigbleibt, dann werden wir diesem auch zustimmen!

Schluss

So, wie die Fraktion der Freien Wähler insgesamt dem Haushalt des Landkreises mit seinen Stiftungen samt Änderungsliste, dem Haushalt des Eigenbetriebs Abfallwirtschaftsbetrieb sowie BRLK zustimmt. Ebenso stimmen wir den Haushalten der BLK inklusive des Beitritts der Stadt Karlsruhe mit dem Gewerbegebiet Rheinhafen und dem Haushalt der Bequa zu und nehmen den Beteiligungsbericht zur Kenntnis.

Wir bedanken uns bei Ihnen Herr Landrat, Herr Watteroth und dem ganzen Team der Kämmerei, allen DezernentInnen, AmtseiterInnen und MitarbeiterInnen die zum guten Zustandekommen dieses Werkes beigetragen haben.

So, wie wir uns als Fraktion der Freien Wähler auch bei den Kolleginnen und Kollegen hier im Saal für die gute, konstruktive Zusammenarbeit bedanken möchten. Es macht Freude, dass und wie wir zusammen in Verantwortung unseres Mandates der Kreiseinwohner die Zukunft unseres Landkreises gestalten. Damit der Landkreis Karlsruhe auch künftig in so vielen Disziplinen Vorbild für andere und gute Heimat für uns selbst ist.

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion für das Vertrauen, die Haushaltsrede halten zu dürfen und bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.